

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordnete Delia Susanne Klages (AfD)

**Sicherstellung der zahnärztlichen Versorgung in Niedersachsen**

Anfrage der Abgeordneten Delia Susanne Klages (AfD) an die Landesregierung, eingegangen am 19.05.2026

Mit dem Referentenentwurf für ein GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz<sup>1</sup> erwarten die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung und Bundeszahnärztekammer (BZÄK) tiefgreifende negative Einschnitte in das Versorgungsgeschehen - insbesondere im Bereich der Kieferorthopädie.<sup>2</sup> Die zahnärztliche Versorgung in Niedersachsen steht demnach vor erheblichen strukturellen Herausforderungen. Nach Angaben der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Niedersachsen ist ein erheblicher Teil der niedergelassenen Zahnärzte bereits im fortgeschrittenen Alter. Gleichzeitig sinkt die Zahl der Praxensübernahmen, insbesondere im ländlichen Raum. Bereits heute berichten Berufsverbände über zunehmende Schwierigkeiten bei der Nachbesetzung von Praxen sowie über erste regionale Versorgungslücken. Nach Einschätzung der BZÄK stellt die wachsende Bürokratiebelastung einen wesentlichen Faktor für die sinkende Attraktivität der freiberuflichen Tätigkeit dar. Studien zeigen, dass ein erheblicher Anteil der Arbeitszeit in Zahnarztpraxen auf Verwaltungsaufgaben entfällt. Hinzu kommen steigende Anforderungen in den Bereichen Hygiene, Dokumentation und Abrechnung, die insbesondere kleinere und inhabergeführte Praxen zunehmend belasten.

1. Wie hat sich die Anzahl der niedergelassenen Zahnärzte und Zahnarztpraxen in Niedersachsen in den letzten zehn Jahren entwickelt?
2. Wie viele Zahnarztpraxen wurden in den letzten fünf Jahren geschlossen?
3. In wie vielen Fällen konnte keine Nachfolge für eine Zahnarztpraxis gefunden werden?
4. Wie viele Zahnärzte sind aktuell über 50 bzw. über 60 Jahre alt?
5. Wie viele Zahnärzte werden voraussichtlich in den nächsten fünf bzw. zehn Jahren in den Ruhestand gehen?
6. Wie stellt sich der aktuelle Versorgungsgrad nach Planungsbereichen dar?
7. In welchen Regionen bestehen gegebenenfalls bereits heute Versorgungslücken oder verlängerte Wartezeiten?
8. Wie viele Patienten sind durchschnittlich von einer Praxisschließung betroffen?
9. Wie viele Zahnärzte haben sich in den letzten fünf Jahren neu niedergelassen?
10. Wie viele Zahnärzte haben sich bewusst gegen eine Niederlassung entschieden und stattdessen ein Angestelltenverhältnis gewählt?
11. Welche Gründe sind der Landesregierung hierfür bekannt?
12. Welche Erkenntnisse liegen der Landesregierung zum zeitlichen Aufwand für Verwaltungs- und Dokumentationspflichten in Zahnarztpraxen vor?
13. Welche gesetzlichen oder untergesetzlichen Vorgaben tragen nach Einschätzung der Landesregierung maßgeblich zur Bürokratiebelastung bei?

---

<sup>1</sup> [https://portal-sozialpolitik.de/uploads/sopo/pdf/2026/Uebersicht\\_GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz\\_PS.pdf](https://portal-sozialpolitik.de/uploads/sopo/pdf/2026/Uebersicht_GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz_PS.pdf)

<sup>2</sup> <https://www.kzvn.de/2026/04/20/geplante-gkv-regelungen-bedrohen-zahnaerztliche-versorgung/>

14. Wie häufig erfolgen Kontrollen durch Gesundheitsämter und andere Behörden in Zahnarztpraxen?
15. Welche Maßnahmen zur Reduzierung von Bürokratie wurden gegebenenfalls in den letzten fünf Jahren umgesetzt?
16. Welche Prognose hat die Landesregierung gegebenenfalls für die Entwicklung der zahnärztlichen Versorgung bis zum Jahr 2035?
17. Welche konkreten Maßnahmen plant die Landesregierung gegebenenfalls zur Sicherstellung der Versorgung, insbesondere im ländlichen Raum?

(verteilt am 26.05.2026)